



Studentische Wohnungsnot

Seminarreader mit Zusammenfassung von Lösungsvorschlägen



Das diesem Bericht zugrunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01PM101420 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei der Autorin/beim Autor.“



Studentische Wohnungsnot – Tagungsreader

13.-15.03.2020 in Halle

Einleitung

Es gibt einige Sorgen, die Studierende in den verschiedenen Städten und Universitäten meist miteinander teilen: Dazu zählen nicht nur überfüllte Kurse, sondern auch die Wohnungsnot. In Großstädten und westdeutschen Studierendenstädten steigen die Mietpreise stetig, sodass die Wohnungspauschale im BAföG längst nicht mehr ausreicht, um in die Nähe vieler Unis zu ziehen.

Dieser Missstand, den Studierende mit anderen finanzschwachen Bevölkerungsgruppen teilen, ergänzt ihre sonstigen Sorgen: Leistungsdruck, unzureichende Betreuung, Geldsorgen. Die meisten dieser Probleme betreffen vor allem Studierende aus ärmeren sozialen Schichten und/ oder Erstakademiker*innen, die tendenziell eher diesen Schichten entstammen. Es ist daher wichtig diese Fragen in einem Zusammenhang zu sehen.

Darüber hinaus müssen sie im Kontext der gesamten Hochschulfinanzierung betrachtet werden. Denn die Hochschulen wachsen seit Jahren, sie brauchen zusätzliche Gebäude für Lehre und Forschung. Sie brauchen aber auch mehr Personal, um Studierende besser zu betreuen. Insgesamt führen all diese Faktoren zu einer erheblichen Belastung von Studierenden und angehenden Wissenschaftler*innen, die zumeist prekär beschäftigt sind und in Städten wie Frankfurt, Köln, Hamburg oder München selbst an den Rand der Stadt gedrängt werden. Es handelt sich um Belastungen die schon im Einzelnen, spätestens aber in der Summe den Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb betreffen. Denn finanzielle Not, weite Anreise Wege und Arbeitsdruck münden in Überforderung und Abbrüchen von Studium oder Promotion.

Gesamtgesellschaftlich ist diese Entwicklung problematisch, weil sie zu einer Vertiefung sozialer Ungleichheiten führt.

Im Rahmen unserer Tagung „Studentische Wohnungsnot“ haben wir uns damit befasst, wie wir dieser Lage begegnen können.

Bericht

Die Veranstaltung begann am Freitagabend nach dem gemeinsamen Abendessen mit einer Begrüßung von Seiten der Teamer*innen und einer ausführlichen Vorstellungsrunde, deren Ziel es war, die individuelle Motivation der Teilnehmenden abzufragen. Im Anschluss folgte ein Podium, auf dem sich der Frage gewidmet wurde, wie man Wohnungsnot im allgemeinen und studentischer Wohnungsnot im Besonderen begegnen kann.

Da uns aufgrund der Entwicklungen rund um COVID-19 einige eingeplante Referent*innen abgesagt haben, fanden sich auf dem Podium insbesondere Teilnehmer*innen aus unterschiedlichen hochschulpolitischen Gruppen und Verbänden, die sich mit der Thematik Wohnungsnot befassen, wieder.

Der Samstag startete nach einem gemeinsamen Frühstück mit drei moderierten Workshop Phasen, in denen sich mit den grundlegenden Problemen auf dem Wohnungsmarkt befasst wurde. Die Gruppen orientierten sich hierbei vor allem an der Frage, welche Aspekte des Studierendendaseins die Situation auf dem ohnehin schon angespannten Wohnungsmarkt noch verschärfen. Hierbei wurde insbesondere die Situation von internationalen Studierenden und Studierenden aus nicht-akademischen Haushalten diskutiert. Im anschließenden Plenum wurden die Ergebnisse



zusammengetragen und der Wunsch formuliert, in der anschließenden Workshop-Phase an diesem Stand weiterzuarbeiten, um das Wochenende mit einem ausgearbeiteten Forderungskatalog verlassen zu können.

Nach dem Mittagessen und einer kurzen Pause fand diese zweite Workshop-Phase statt. Dem folgte ein weiteres Plenum, in dem diskutiert wurde, welche Initiativen und staatliche Maßnahmen es bereits gibt und noch geben sollte, um studentischer Wohnungsnot zu begegnen. Auch wurde in Anbetracht der aktuellen Situation die Befürchtung diskutiert, dass sich die Problematik der Wohnungsnot noch stark verschärfen könnte, sollte sich in Deutschland eine ähnliche Pandemieentwicklung abzeichnen wie in anderen Ländern.

Nach dem Abendessen kam die Gesamtgruppe noch einmal zusammen und beriet sich darüber, wie unter den gegebenen Umständen eine Netzwerkarbeit zu studentischer Wohnungsnot aussehen könnte.

Der Sonntag begann nach dem Frühstück mit einem Vortrag zu den Herausforderungen bei der Wohnungssuche für Studierende mit Kindern. Im Anschluss wurde diskutiert, inwiefern eine Zusammenarbeit bzw. ein Austausch mit anderen Interessensgruppen, die zu dieser Thematik arbeiten, möglich ist.

Nach dem Mittagessen gab es eine vorgezogene Feedbackrunde, da einige Teilnehmer*innen die Veranstaltung bereits am frühen Nachmittag verlassen mussten. Im Anschluss fand ein Stadtrundgang, der sich mit bereits geführten Kämpfen um Wohnraum auseinandersetzt, statt. Parallel dazu arbeitete eine weitere Gruppe mit einem Aktivisten des lokalen Mietrechtsbündnisses zusammen an der Frage, welche ganz konkreten Handlungsmöglichkeiten es gibt und wie dieses Wissen an Betroffene weitergegeben werden kann.

Nach einem kurzen Zusammenkommen der beiden Gruppen folgte eine Abschlussrunde und die anschließende Abreise.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden folgende Lösungsideen erarbeitet:

LÖSUNGSEIDEN

- BAföG als Vollzuschuss in Höhe von 1050 €, der sich dynamisch an die Preisentwicklung anpasst. Die Altersgrenze für das BAföG muss abgeschafft werden. Gleichzeitig muss die Anzahl der regelmäßig förderbaren Fachsemester um mindestens zwei Semester angehoben werden. Der Freibetrag des BAföG muss um 10 Prozent erhöht werden.
- Verwaltungsgebühren müssen abgeschafft werden.
- Es müssen ausreichend Lehrkräfte eingestellt werden, damit Kurse mit 20 Teilnehmer*innen (oder weniger) dauerhaft gewährleistet sind.
- Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte
- Es muss eine bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen einschließlich der flächendeckenden Schaffung von 50.000 neuen unbefristeten Stellen im akademischen Mittelbau und 7.000 neuen Professuren gewährleistet sein.



- Alle Tickets für Student*innen, Schüler*innen und Auszubildende dürfen umgerechnet nicht mehr als einen Euro pro Tag kosten. Alle darüber hinausgehenden Kosten sind vom Land zu tragen.
- Wir unterstützen die Forderungen des Mietenscheid Frankfurt. Zusätzlich sollen jährlich 200.000 Wohnungen im Sozialbau bundesweit geschaffen werden. Die Studierendenwerke müssen stärker vom Land gefördert werden, um mehr günstigen studentischen Wohnraum zu schaffen.